

SZENARIO 4: GEMEINSAM AUF DER KLIPPE

| Giorgio Diezi, Carla Gühring und Cornelius Schulken

Als im Dezember 2015 die Staatsoberhäupter der internationalen Staatengemeinschaft in Paris zusammengekommen sind, war der Anspruch hoch, ein neues international verbindliches Klimaabkommen zu erzielen. Schon nach den ersten Treffen zeichnete sich deutlich ab, dass diese Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. Wichtige Akteure und große CO₂-Emittenten konnten keinen Konsens erreichen. Keine zwei Jahre später, am 30. Juni 2017, erreichte die Jahrhundert-Sturmflut die Küste der Niederlande, Norddeutschlands und Nordbelgiens und nahm 1500 Menschen das Leben, 1,2 Millionen Menschen verloren ihr Zuhause. Die Städte Amsterdam, Rotterdam, Den Haag (alle NL), Antwerpen (B) und Bremerhaven (D) standen Metertief unter Wasser. Der Ausnahmezustand in Europa brachte die Staaten der Europäischen Union an ihre Grenzen und war ein bahnbrechendes Ereignis für das Umdenken zum Thema Klimawandel. Bereits im Sommer des Vorjahres verzeichneten europäische Gesundheitsbehörden mehrere Malariafälle in der Bodenseeregion, welche Wissenschaftler mit dem Klimawandel in Zusammenhang brachten. Durch das Ausbleiben von langen Frostperioden begünstigt, können die Larven die Winter überstehen und konnten sich so in Gebieten verbreiten, die in der Vergangenheit sicher vor solch tropischen Krankheiten galten.

Auch die anhaltenderen Ressourcen-Konflikte in Subsahara Afrika und Asien, die besonders seit 2018 immer zahlreicher wurden, werden als "Klimakriege" eingestuft. Die durch Dürren bedingte Knappheit von Wasser und fruchtbarem Land waren ausschlaggebend für Bürgerkriege und grenzübergreifende Konflikte. Der Hurrikan Olga, welcher im August 2019 die US-Amerikanische Ostküste verwüstete und massive Schäden in Boston, New York, Baltimore und Washington D.C. anrichtete, bewirkte endlich auch ein Umdenken der USA in Sachen Klimapolitik. Der spontan einberufene Klimagipfel im schweizerischen Davos markierte den Wendepunkt in der globalen Klimapolitik. Hier wurde unter anderem die sofortige Anhebung des CO₂-Preises um 100 Prozent, sowie eine weitere jährliche Anhebung um jeweils 20 Prozent beschlossen. Diese drastische Maßnahme erwies sich als effektiv, da der CO₂ Preis zuvor deutlich zu niedrig angesetzt war. Des Weiteren wurden ein weltweites Verbot von PKWs mit einem Verbrauch von mehr als 9 l/100km (208 g/km CO₂) bis zum Jahr 2027 und ein weltweiter Ausstieg aus der Kohlekraft bis 2032 beschlossen.

Die Bodensee-Region, noch immer ein beliebtes Reiseziel unter den Deutschen, eröffnete 2020 eine örtliche Niederlassung der Seuchenschutzbehörde, das eng mit dem Institut für Tropenmedizin in Tübingen zusammenarbeitet. Bereits im Jahr zuvor wurde eine allgemeine Empfehlung zur Malariaimpfung ausgesprochen. Das Medikament ist mittlerweile in fast allen deutschen Apotheken erhältlich. Als Anpassungsmaßnahme an extreme Wetterbedingungen wurden vor allem in der Landwirtschaft neue Technologien und Schutzmechanismen entwickelt. Als Vorreiter des europäischen Projektes "Autofreie- Innenstadt" haben die Bodenseestädte großflächig investiert und den öffentlichen Nahverkehr ausgebaut. Darüber hinaus wurde auf regionaler Ebene das E-Mobilitätnetz ausgebaut, was dazu geführt hat, dass viele Bewohner die seit einigen Jahren stark subventionierten Elektrofahrzeuge gekauft haben.